

Politik III/3

Hannover, 7. Januar 1948

Westeuropäische Erneuerung
 =====

P.R. Ein damals recht bekannter Berliner Journalist vertritt in den Jahren von Weimar einmal die Ansicht, es gäbe im Grunde doch nur sieben Leitartikelthesen, die immer wiederkehrten, natürlich in leichter Abwandlung, fügte er lächelnd hinzu. "Die heute noch schreiben", so sagte er nach 1933, "haben nur noch zwischen zwei Themen zu wählen: den Nationalsozialismus in den Himmel zu heben oder seine Gegner zu verunglimpfen". Inzwischen hat sich die Situation weiter vereinfacht, denn es ist nur noch ein Gegenstand übriggeblieben, die Ost-West-Spannung.

"Großbritannien liegt wie alle anderen Länder Westeuropas geographisch und in seiner wirtschaftlichen und politischen Einstellung zwischen den beiden grossen erdteilähnlichen Staaten. Aber das heisst nicht, dass unsere Ideen irgendwie 'verbesserter Kapitalismus' oder 'verbesserter Kommunismus' sind. Wir haben eine Einstellung zum Leben, die nicht geborst, sondern völlig originell ist. Unsere Aufgabe ist es, eine Gesellschaftsform völlig neuer und kühner Prägung zu entwickeln, die persönliche Freiheit mit Planwirtschaft und Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit verbindet. Diese Aufgabe ist nicht nur uns gestellt, sondern allen westlichen Demokratien".

So hat Attlee zuletzt das allgegenwärtige Thema aufgegriffen. Leon Blum hat ihm einen Tag später in "Populaire" sekundiert. Man weiss, dass Attlee kein glänzender Redner ist, dass es ihm an Brillanz der Einfälle fehlt. Aber er hat, darin vergleichbar etwa den alten Smuts, die Gabe, zur rechten Zeit einen Gedanken, der allenthalben spürbar ist, eine besonders überzeugende Fassung zu geben. In der Tat schien es notwendig, gerade von dieser exponierten Stelle aus darauf hinzuweisen, dass es neben dem Westen und dem Osten und ihren staatlichen Verkörperungen noch eine dritte Kraft gibt, die untrennbar mit dem geistigen Begriff Europa verbunden ist. Es ist bezeichnend, dass gerade der britische Premierminister diese klaren Worte gefunden hat, bezeichnend dafür, dass England heute durchaus nicht, wie es so häufig geschieht, als blosses Anhängsel der USA zu betrachten ist, sondern dass es sich bei aller insularen Tradition und Augenblicklichen Bedürfnis seiner unlöslichen Bindung an den Kontinent bewusst ist - heute in der Zeit des schwindenden äusseren Empireglanzes mehr als je zuvor - und dass es daraus Verpflichtungen zu übernehmen bereit ist. Die Kräfte in Europa wiederum, die das freudig begrüssen und ihrerseits bereit sind, daraus

entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen, wachsen langsam, aber unverkennbar, nachdem sie sich noch vor kurzem in einer fast hoffnungslos erscheinenden Krisenlage befanden.

Es vollzieht sich hier auf der europäischen Ebene der gleiche politische Vorgang, der in einer ganzen Reihe von westeuropäischen Ländern als innerpolitische Erscheinung zu beobachten ist. Das Wort von der 'dritten Kraft', das wie von ungefähr etwas weiter oben gebraucht wurde, ist das Schlagwort einer neuen Anstrengung der Mitte in Frankreich, die sich die Aufgabe gesetzt hat, in ihrem Lande den Ausweg aus der überspitzten Rivalität der Extreme zu finden. Natürlich liegen die Verhältnisse in den einzelnen Ländern zwischen Eisernem Vorhang und Atlantischem Ozean - die Britischen Inseln selbstverständlich eingeschlossen - verschieden, aber die Grundproblemstellung ist die gleiche, wie Attlee sie skizziert hat. In einigen ist das Ziel weitgehend erreicht, in anderen wird erbittert um Fortschritte auf dem Wege zu ihm gerungen.

Viele der Kräfte, die auf einen Ausgleich der geistigen Spannungen gerichtet sind, und die den Nachweis führen wollen und zum Teil geführt haben, dass es möglich ist, eine maximale Freiheit des Individuums mit einer festumrissenen Verpflichtung an die Gemeinschaft zu verbinden sind sich darüber im Klaren, dass dieses Ziel persönliche wie prinzipielle Opfer verlangt. Man ist auch zunehmend bereit, sie zu bringen, weil man einsieht, dass ohne dies der ganze Versuch zur Rettung Europas unmöglich wäre. Gefahren drohen, das ist sicher, vom Osten und vom Westen, auch wenn von dort gleichzeitig Hilfe angeboten wird. Deutschland, von den den grossen Gegensatz unserer Zeit verkörpernden Mächten besetzt, hat zur Zeit keine Bewegungsfreiheit. Europa ist nicht ganz so schlimm daran, weil es einige Wohlstandsiseln konservieren konnte, und weil es im Grossen und Ganzen trotz der Schwere der Wunden, die ihm beigebracht wurden, eine geistige und wirtschaftliche Kraft geblieben ist, mit der man im Westen wie im Osten rechnen muss. Aber diese Kraft liegt brach und der Marshallplan ist ein Rezept zur Stärkung, mehr nicht. Er verkörpert auch nur die wirtschaftliche Seite, die heute freilich entscheidend ist.

Attlee aber sprach von einer politischen Vorstellung, von einer Idee, die erheblich weiter reicht, die ein festes Profil hat und die uns mächtig und für Europa auch heute noch passend wie keine andere zu sein scheint. Die gegenwärtige äussere Machtkonstellation scheint ihrer Entwicklung ungünstig zu sein. Das darf kein Grund sein, im Kampf um das vom britischen Premier gewiesene Ziel müssig zu werden. Auf die Dauer haben sich grosse und ehrliche Ideen oft genug auch gegen kompakteste Machtballungen durchgesetzt.

England am Jahresbeginn

Wirtschaftliche Erholung - Spannungen um Bevin
(Von unserem ständigen Mitarbeiter in England)

Das englische Volk und seine Regierung sind voller guter Hoffnung ins Neue Jahr gegangen. In gemeinsamer, enger Zusammenarbeit sind eine Reihe der im Vorjahr aufgetauchten Schwierigkeiten gemeistert und der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Krise überwunden worden. Das Hauptverdienst für diesen Beginn zum Wiederaufstieg gebührt den englischen Grubenarbeitern, die sich ihrer grossen Verantwortung der Nation gegenüber voll bewusst zeigen und in einem beachtenswerten Endspurt die als Jahresziel gesteckte Fördermenge von 200 Millionen Tonnen Kohle bis auf ganze 300.000 Tonnen erreicht haben. Hält ihre Arbeitsfreudigkeit auch im Jahre 1948 an, so besteht aller Anlass, der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegenzusehen. Das englische Volk ist jedenfalls heute optimistischer eingestimmt als vor Jahresfrist. Das offenbart sich am deutlichsten aus dem Ergebnis der letzten Rundfrage des Gallup-Instituts. Die Zahl der mit der Regierung Zufriedenen ist seit dem Oktober erheblich angewachsen und im gleichen Masse hat auch das Ansehen des englischen Regierungschefs beim englischen Volke beträchtlich zugenommen.

Es ist jedoch eine Frage, ob nicht schon in Bälde die latenten Spannungen innerhalb des Kabinetts Attlee durch die aussenpolitische Situation zu einer Klärung bringen. Man weiss, dass eine Gruppe von Kabinettsmitgliedern, die unter der Führung des Gesundheitsministers Aneurin Bevan steht und der man auch Shinwell, George Strauss und Strachey zurechnet, schon seit langem mit der Politik Bevins nicht einverstanden ist. In jüngster Zeit, vor allem aber seit dem Scheitern der Londoner Aussenministerkonferenz, hat sich ihre Unzufriedenheit weiter verstärkt und man erwartet daher gespannt, ob Bevin die Zustimmung seiner sämtlichen Kabinettskollegen zu dem Memorandum finden wird, das er während der Weihnachtsferien des englischen Parlaments ausgearbeitet hat und das den Grundstein für seinen aussenpolitischen Rechenschaftsbericht bilden soll, den er am 22. Januar beim Wiederzusammentritt des Unterhauses abgeben wird.

Bevin selbst erklärte seinerzeit, dass er "schwerwiegende Entschlüsse" zu treffen habe. Welcher Art diese Beschlüsse sein werden, vermag niemand zu sagen - aber sie dürften wohl auf der Linie der Rundfunkansprache Attlees liegen, in der der englische Premierminister sich scharf gegen den Kommunismus wandte und womit er die offene Kampfansage des Generalsekretärs der Labour Party, Morgan Phillips, an die kommunistische Partei Englands gewissermassen offiziell sanktionierte. In diesem Falle dürfte es zu schweren Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts kommen, und wenn jetzt schon da und dort der Name Crossmans

als eventueller Nachfolger Bevins als Leiter der englischen Außenpolitik genannt wird, so beweist das nur, wie stark sich die Oppositionsgruppe fühlt und wie ernst die Situation ist. Schon einmal ist das Kabinett Attlee durch den linken Flügel der Labour Party in arge Bedrängnis geraten. Als auf der letzten Sitzung des Unterhauses die Frage der staatlichen Zuwendungen an Prinzessin Elizabeth und den Herzog von Edinburgh zur Debatte standen, retteten nur die Stimmen der Konservativen die Regierung vor einer Niederlage, denn 163 Abgeordnete der Labour Party stimmten gegen die Regierungsvorlage.

Es ist durchaus möglich, dass dieser gleiche linke Flügel die bevorstehende aussenpolitische Debatte zu einer neuen Machtprobe werden lässt - vorausgesetzt, dass es wegen des zukünftigen aussenpolitischen Kurses nicht schon vorher zu einer Spaltung des englischen Kabinetts kommt. (m/B65/1/71/he)

Die Sozialisten-Konferenz in London

Auf der Sitzung des Aktionsausschusses der Internationalen Sozialistenkonferenz, die am 10. Januar in London stattfindet, und an der erstmals auch die SPD durch Dr. Kurt Schumacher, in dessen Begleitung sich Dr. Rudolf Kitz und Arno Scholz befinden, vertreten sein wird, wird in erster Linie über Ort und Zeitpunkt der nächsten Vollkonferenz beraten werden. Die sozialistischen Parteien Polens und Italiens werden an der Tagung nicht teilnehmen, dagegen wird erwartet, dass die ins Ausland geflüchteten Führer der unterdrückten sozialistischen Parteien in den unter kommunistischer Herrschaft stehenden südosteuropäischen Staaten um ihre Zulassung ansuchen werden. Unter ihnen dürften sich der greise Führer der ungarischen Sozialisten, Peyer, und der Sekretär der unterdrückten unabhängigen sozialistischen Partei Rumäniens, Volmer, befinden. Die ungarischen Sozialisten, die vor einiger Zeit ein bisher geheimgehaltenes Fusionsabkommen mit den Kommunisten getroffen haben sollen, entsenden den derzeitigen Justizminister Dr. Riesz, dem vorgeworfen wird, dass er die ungarische Hilfe für die griechischen Aufständischen organisiert. Von den norwegischen Sozialisten wird auf der Tagung die Unterstützung der unterdrückten sozialistischen Parteien gefordert werden, während der Vertreter Belgiens erneut einen Antrag auf offizielle Unterstützung des Marshall-Planes durch die Internationale Sozialisten-Konferenz stellen dürfte. (m/B23/1/71/he)

Die SPD und Frankfurt

Die SPD ist nach Frankfurt mit einer klaren Richtlinie gegangen, deren wesentliche Punkte veröffentlicht worden sind. Die Situation, aus der heraus man zu diesen Beschlüssen kam, ist von massgebender sozialdemokratischer Seite mehrfach unrisen worden, sie haben sich seitdem im Grunde nicht verändert. Es ist selbstverständlich, dass bei den gegebenen Verhältnissen die Besatzungsmächte die Karten für die Ordnung in Deutschland in der Hand behalten. Solange es den Alliierten von sich aus nicht möglich ist, das neue Leben in Deutschland auf einer Vierzonenbasis zu klären, wird man in erster Linie die Schaffung eines für beide Teile - die fremden Mächte wie die deutsche Bevölkerung - gültigen Besatzungstatuts vorwärts zu treiben haben. Im Augenblick kommt es darauf an, eine durchgreifende Belebung der deutschen Wirtschaft ohne die Schaffung von endgültigen staatsrechtlichen Konstruktionen für Westdeutschland zu erreichen. Unter diesen Umständen, das heisst bei der Vorzüglichkeit, eine provisorische technisch-wirtschaftliche, nicht aber eine endgültige politische Lösung zu finden, hält man es auch nicht für absolut erforderlich, zu einer gemeinsamen Stellungnahme aller deutschen Parteien über grundsätzliche staatsrechtliche Fragen zu gelangen. Wichtig ist schliesslich, dass durch das Verfahren der Benennung der neu in den Wirtschaftsrat kommenden Abgeordneten kein Präzedenzfall für die endgültige Zukunftslösung geschaffen wird, die nur durch eine echte Wahl gefunden werden kann. Auch hier bleibt das anzustrebende Ziel eine Wahl in ganz Deutschland, und erst wenn von russischer Seite die Teilung Deutschlands über das gegenwärtige Mass hinaus effektiv werden sollte, wird man daran denken können, diesen demokratischen Grundsatz allein auf die Westzonen anzuwenden. /

o o o

Wir lassen den Wortlaut der Vorlaubarung des Vorstandes der SPD zu diesem Thema folgen:

An 6. Januar 1948 fand in Hannover eine Besprechung führender Sozialdemokraten aus Berlin und den drei Westzonen statt.

An der Besprechung waren neben den Mitgliedern des Büros des Parteivorstandes die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, die Leiter der Stadtstaaten, Minister und Mitglieder des Wirtschafts-, Exekutiv- und des Zonerbeirates der britischen Zone beteiligt.

Die Konferenz wurde von E. Ollenauer eröffnet und mit einem kurzen Referat von Dr. Schumacher eingeleitet.

In der Besprechung herrschte Einmütigkeit, dass bei den Frankfurter Konferenzen am 7. und 8. Januar erneut nur der provisorische Charakter der gegenwärtigen Regelung bestätigt werden könne, und dass die Sozialdemokraten sich entschieden gegen einen Weststaat und eine Weststaatsregierung wenden.

Für die bessere Organisation des Wirtschaftsrates wurde von den Sozialdemokraten eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die unter anderem vorsehen:

1. Die Einbeziehung Berlins in den Wirtschafts- und amzubildenden Ländererrat mit dem Ziel einer Einbeziehung ganz Deutschlands.
2. Eine Verdoppelung der Mitglieder des Wirtschaftsrates.

3. Umbildung des Exekutivrates in einen Länderrat, der ein begründetes Einspruchsrecht erhalten soll.
4. Schaffung eines Schlichtungsgerichts zur Regelung von Streitigkeiten.

Wesentliche Punkte der sozialdemokratischen Vorschläge bildete die Forderung nach einer gesamtdeutschen Währungsreform und vor allem nach der Schaffung eines Besatzungsrechts, das für die Besatzungsmächte und die Deutschen bindend ist.

Die nachstehende Zuschrift aus Leserkreisen dürfte
von allgemeinem Interessesein. Die Redaktion

Für solche, die resignieren wollen

Diese Zeilen entstanden nicht in der Nähe eines geheizten Ofens und ungestört an einem polierten Schreibtisch; auch nicht aus dem süßen Besserwissen eines Schreibers, der dem Leser abgeben will von seinem eingebil-detem Reichtum. Sie sind flüchtige Gedanken eines mit den Widerwärtigkeiten des Alltags ringenden Mannes. Und sie beschäftigen sich trotzdem mit Politik.

Es ist wohl doch nicht an dem, dass es das Beste ist, heutzutage sich abzuwenden von dem, was das Wohl der Allgemeinheit verlangt. Zugabe-n, dass mancher heute vergrämt, mancher auch mit vollem Recht von dieser oder jener Behörde enttäuscht sein mag. Darf man aber die Flin-te ins Korn werfen, wenn auf der Jagd einmal eine Kugel ihr Ziel verfehlte? Zugegeben auch, dass das Jahr 1947 uns Deutsche reicher nur ge-macht hat an schlechten Erfahrungen und bösen Enttäuschungen, sowohl was die innerdeutsche Entwicklung als auch unser Schicksal in der Welt betrifft. Wer an die internationalen Konferenzen des vergangenen Jahres zurückdenkt, kann leicht das Gefühl haben, dass "die Politiker nicht wie Vertreter grosser Nationen handelten, die sich verständigen woll-ten, sondern wie Bankiers, die ihre Konten aufrechneten". (Duc de Richelieu über den Aachener Kongress von 1818).

Wer wüsste aber besser als wir selber, dass der Kampf um die Macht dieser Erde nicht nach den zehn Geboten geführt wird? Wünschen wir nicht zuviel, wenn wir dies verlangen? Manchmal möchte man meinen, uns Deutsche bedrohen Diktatoren von rechts und von links. Manchmal möchte man träumen, dass dieser Zustand mit einer Nacht verschwände, wie er mit einem Tag gekommen ist. Nur ein Blasenstein, der Cromwells Tod herbeiführte, sagt Pascal, hat ihn daran gehindert, das ganze Abendland zu vernichten. Derartige Illusionen sind freilich nur in Momenten mög-lich, in denen man den Kopf in den Sand steckt. Sie sind unmännlich und führen auch zu nichts im Alltag. Da kommt es nur darauf an, zäh seine Arbeit zu tun, unbeirrt seiner Pflicht nachzukommen. Und das ist es, was wir Deutsche heute mehr denn je zuvor tun müssen. Nicht etwa, um an einen neuen Weg zu bauen, der abermals schuldhaft in Kriege verwickeln könnte. Keineswegs, um dem Wahn eines absurden Rassegedankens zu frönen. Nichts sollte uns heute ferner liegen als Gedanken nach po-litischer Macht. Alles dagegen muss uns daran gelegen sein, den Namen Deutscher und Deutschland wieder einzureihen in die Wertbegriffe der

Welt. Das ist absolut nicht abwegig und utopisch gedacht. Nennt man nicht Johann Strauss den Napoleon autrichien, schrieb nicht Heinrich Laube: "Was den Franzosen die napoleonischen Siege waren, das sind den Wienern die Strauss'schen Walzer."

Es gibt Beispiele genug dafür, dass deutsche Wertarbeit, deutsche Wissenschaft, deutsche Kunst auch heute noch ihren Platz in der Welt behaupten. Trotz 12 Jahre Hitler; trotz der Prozesse in Nürnberg.

Wir, die uns oft genug die Lust ankommt, "die da oben", die Minister und Funktionäre, die Parteien und Gewerkschaften, die Zeitungsschreiber und Versammlungsredner mit Beschuldigungen und Vorwürfen zu überhäufen, auch wir haben es in der Hand, wie wir regiert werden. Arbeiten wir mit, statt zu resignieren. Mag der uns verbleibende oder zugewiesene Platz heute auch noch so klein sein. Tun wir unser Bestes. Es geht wirklich um mehr als unser kleines Einzelschicksal. Es geht nach wie vor um unser Deutschland.

Schwarzbauern ohne Risiko

In unserer Ausgabe vom 18.9.47 behandelten wir die geheimnisvolle Bauart auf dem Lande, die sich in der Errichtung von Scheuern, Schweineställen usw. austobt, während Ausgebombte und Flüchtlinge in menschenunwürdigen Behausungen einen neuen Winter entgegensehen. Wir können heute abschliessend zu diesem beschämenden Thema ein paar Worte sagen.

In den Dörfern Sch. und südlichen Dörfern der näheren und weiteren Umgebung herrscht eitel Freude. Der Landwirt E, der ohne Genehmigung ein Stallgebäude errichtet hat, wurde vom zuständigen Amtsgericht zu ...150 Mark, der Architekt zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

In den Dörfern des ganzen Landes sind Scheuern, Ställe, Schuppen usw. wie die Pilze nach dem Herbstregen aus der Erde geschossen. Fast alle ohne behördliche Genehmigung. Das Material wurde auf dem Wege der Kompensation erworben. Die Behörden griffen ein, als die Rohbauten, teilweise sogar die Gesamtbauten fertig waren. Neben der Stilllegung (die in den meisten Fällen nicht beachtet wurde) wurde eine "empfindliche Bestrafung angekündigt. Der bäuerliche Bauherr sah dieser Strafe mit Gelassenheit entgegen ... denn er hatte sie bereits einkalkuliert. Was verschlug es ihm, in die Baukosten 1.000 Mark für "Unvorhergesehenes" (d.h. gerichtliche Strafe) einzukalkulieren, wenn er den Zentner Weizen für fast 700 Mark veräußerte.

Das Urteil des Amtsgerichts nimmt den zahllosen "illegalen" Erbauern und Bauern die letzten Sorgen, die vielleicht doch noch im Hintergrund schlummerten. Warum, so fragt die Öffentlichkeit, berechnet man das Vergehen nicht auch nach Schwarzmarktpreisen, wenn die strafbare Handlung ein Schwarzmarkt-Delikt darstellt? 150 Mark? Fast jeder Ausgebombte oder Flüchtling würde gern dem Amtsgericht diese Summe auf den Richtertisch legen, wenn er damit das für ihn unerreichbare Baumaterial beziehen könnte. Wenn der Winter vorüber ist, werden neue Schweineställe errichtet werden und als Ausgleich dafür wird die Tuberkulose sich weiter ausbreiten.

Verantwortlich: Peter Raunau